

## FPÖ kündigt Untersuchungsausschuss zum schwarzen Staat im Innenministerium an!

FPÖ fordert Untersuchungsausschuss zum „tiefen schwarzen Staat“ im Innenministerium. Interview mit Hafenecker und Pilz am Montag live.



**Österreich** - Am 4. April 2025 plant die FPÖ die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich mit dem Thema eines „tiefen schwarzen Staates im Innenministerium“ befassen wird. In diesem Zusammenhang werden FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker und Peter Pilz in einem Interview zu den Details und Erwartungen des Ausschusses befragt. Dieses Interview findet am Montag um 20:10 Uhr live auf JOYN und PULS 24 statt und wird von Corinna Milborn, der Infodirektorin von PULS 24, moderiert.

Die Initiative zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses

könnte möglicherweise eine tiefere Auseinandersetzung mit den internen Strukturen des Innenministeriums nach sich ziehen. Das Engagement der FPÖ in dieser Sache zeigt, dass der politischen Landschaft in Österreich weitere Herausforderungen bevorstehen könnten.

## **Details zum Untersuchungsausschuss**

Ein Untersuchungsausschuss hat verschiedene Befugnisse und kann auf Ersuchen Akten und Unterlagen von allen Bundesorganen anfordern. Dazu gehören unter anderem Bundesministerien sowie der Rechnungshof und die Finanzmarktaufsicht. Auch Organe der Länder und Kommunen sind zur Bereitstellung von Dokumenten verpflichtet, was die Tragweite des Ausschusses verstärken könnte.

- Beweiserhebungen können angefordert werden, jedoch keine beweissichernden Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen.
- Ausschüsse haben die Möglichkeit, Auskunftspersonen zu laden und zu befragen. Weigert sich eine Person, dem Aufruf zu folgen, kann die Vorführung vor den Ausschuss angeordnet werden.
- Das Bundesverwaltungsgericht hat zudem die Möglichkeit, Beugestrafen zu verhängen.

Die Tatsache, dass bereits ein Viertel der Mitglieder eines solchen Ausschusses die Vorlage von Akten verlangen kann, könnte den Druck auf die betroffenen Institutionen erhöhen. Zudem dürfen Auskunftspersonen maximal zweimal geladen werden, was die Dynamik der Befragungen beeinflussen könnte.

Angesichts der politischen Spannungen und der spezifischen Thematik des „schwarzen Staates“ wird das bevorstehende Interview von Hafenecker und Pilz sicherlich für großes öffentliches Interesse sorgen. Die Öffentlichkeit wird gespannt verfolgen, welche Informationen und Erwartungen die beiden Politiker erläutern werden. Die Debatte über die Integrität der

Institutionen wird dadurch weiter angefacht.

Für weitere Informationen zu den Rechten und Pflichten im Rahmen von Untersuchungsausschüssen kann die Seite des Parlaments besucht werden, die umfassende Informationen zu den Abläufen und gesetzlichen Grundlagen bietet **hier**.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.parlament.gv.at">www.parlament.gv.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**